

Der Bund [12.07.06]

Gümligenfeld-Initiative: Beschwerde ist abgelehnt

Muri Die Volksinitiative «Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr» kommt aller Voraussicht nach vors Volk. Regula Mader, die Regierungsstatthalterin von Bern, hat nämlich die Beschwerde des Muriger SVP-Präsidenten Markus Bärtschi gegen eine Verfügung der Gemeinde Muri abgewiesen. In dieser Verfügung hatte die Gemeinde das im Januar von links-grünen Kreisen eingereichte Volksbegehren für gültig erklärt. Markus Bärtschi könnte nun innert 30 Tagen Maders Entscheid beim Regierungsrat anfechten. Ob er das tun wird, bleibt offen: Er habe die Post aus dem Berner Amthaus noch nicht gesehen, sagte er gestern auf Anfrage.

Quorum blieb ungefährdet

In seiner Beschwerde verlangte Bärtschi, die Volksinitiative sei für ungültig zu erklären, weil am Abstimmungssonntag vom 25. September 2005 im Stimmlokal des Dorfschulhauses Gümligen unzulässigerweise Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt worden seien.

Die Regierungsstatthalterin stellt dies nicht in Abrede, hält aber laut einer Medienmitteilung in ihrer Verfügung fest, dass das «fehlerhafte Vorgehen» des Initiativkomitees für das Zustandekommen der Initiative keine Auswirkung hatte. Grund: Die Gemeinde Muri weiss, dass im fraglichen Zeitraum im Dorfschulhaus Gümligen genau 205 Personen ihre Stimme abgegeben haben. Dies, weil sie für die Überprüfung der Stimmlokalöffnungszeiten seit Anfang 2005 überall die Anzahl Stimmenden zählt. «Selbst wenn man vom praktisch undenkbaeren Fall ausginge, dass sämtliche dieser 205 Stimmenden die Initiative unterzeichnet haben und diese Unterschriften als ungültig erachtet würden, wäre das erforderliche Quorum für das Zustandekommen der Initiative immer noch erreicht», schreibt Mader. Denn im Januar reichte das Initiativkomitee 1188 gültige Signaturen ein; fürs Zustandekommen sind 940 Unterschriften nötig. Die Regierungsstatthalterin hat insofern genau die gleiche Argumentation angewandt wie zuvor der Muriger Gemeinderat.

Doch was wäre gewesen, wenn im fraglichen Zeitraum in Gümligen 400 Personen abgestimmt hätten? «Es kann sein, dass ich in diesem Fall anders entschieden hätte», sagt Mader. So aber habe sich diese Frage eben nicht gestellt – «es ist immer der Einzelfall zu prüfen».

Gegen Einkaufszentren

Das vorab aus lokalen SP-Mitgliedern zusammengesetzte Initiativkomitee will mit dem Begehren erreichen, dass auf dem kantonalen Entwicklungsschwerpunkt Gümligenfeld künftig keine Einkaufszentren, Fachmarktketten mit Tiefpreisstrategie, Discounter, Erotikmärkte und andere Nutzungen, die einen grossen Publikumsverkehr verursachen, möglich sind. Muris Gemeinderat hat in seinem Entscheid vom letzten Mai die Volksinitiative auch in materieller Hinsicht für zulässig erklärt. (ry)